



Moderne Sklaverei bei Aldi, Lidl & Co. beenden

Pressemitteilung von Sabine Zimmermann, 09. Dezember 2007

„Hunderttausenden Verkäuferinnen werden elementare Menschenrechte immer noch vorenthalten“, kritisiert Sabine Zimmermann anlässlich des Tags der Menschenrechte am 10. Dezember. Für die Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, die sich als Mitglied im Wirtschaftsausschuss um den Einzelhandel kümmert, betreiben Discounter wie Schlecker, Lidl, Aldi, Norma, Netto oder KiK moderne Sklaverei:

Arbeitsstress, Überwachung und unregelmäßige Arbeitszeiten bestimmen den Alltag der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Und die Geschäftsführung verweigert die Gründung von Betriebsräten. Das widerspricht der Deklaration der Vereinten Nationen, nach der jeder das Recht besitzt, Interessenvertretungen zu bilden.

Dass die Gewerkschaft Verdi anlässlich des Tags der Menschenrechte in der Lidl-Zentrale in Neckarsulm einen Verhaltenskodex mit der Forderung, Betriebsräte einzurichten, übergibt, begrüße ich

deshalb ausdrücklich. Ich hoffe, dass die jüngsten Betriebsratsgründungen in Lidl-Filialen in Hamburg und Stuttgart Schule machen.

Dazu braucht es aber mehr Druck aus der Politik auf die Einzelhandelsunternehmen. Billig-Unternehmen sollten beispielsweise keine öffentliche Förderung oder Kredite mehr erhalten, wenn sie Grundrechte von Beschäftigten unterdrücken und die Wahl von Arbeitnehmervertreterinnen und -vertretern verhindern.

Das aggressive Auftreten der Discounter betrifft die gesamte Gesellschaft. Traditionelle Einzelhandelsstrukturen und qualifizierte Arbeitsplätze werden zerstört, Beratung und Produktqualität leiden. Die Kosten der billigen Preise tragen deshalb auch die Kundinnen und Kunden. Darüber hinaus gefährdet der rigorose Preisdruck der mächtigen Discounter die Existenz der Gemüse-, Milch- und Lebensmittelproduzenten.